

vorwärtsHESSEN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN

DEZEMBER 2015

EINHEIT MACHT MUT



Thorsten Schäfer-Gümbel,
SPD-Landesvorsitzender

In diesen Tagen haben wir 25 Jahre deutsche Wiedervereinigung gefeiert. Wir wurden damals Zeugen einer friedlichen Revolution, die große Veränderungen für die Menschen auf beiden Seiten der Mauer mit sich gebracht hat. Die menschenverachtende Grenze innerhalb des geteilten Deutschlands wurde von mutigen Menschen niedergerissen, und es wuchs das zusammen, was zusammengehört, wie es Willy Brandt ausdrückte. Er hatte mit der neuen Ostpolitik in seiner Kanzlerschaft die Basis für einen Prozess von Verständigung und Vertrauen zwischen den Militärblöcken geschaffen.

Das Jubiläum der Wiedervereinigung stand unter dem Motto „Grenzen überwinden“. Das ist mehr als eine historische Würdigung, das ist eine andauernde Aufgabe. Während wir das Niederreißen des Eisernen Vorhangs vor 25 Jahren feiern, werden an anderer Stelle in Europa neue Zäune errichtet. Wer glaubt, dass Mauern und Stacheldraht passende politische Mittel sind, der hat aus der Geschichte nichts gelernt. Diese Menschen, die jetzt kommen, haben nichts mehr außer der Hoffnung, dass es irgendwo sicher und besser ist als in ihrer Heimat. Eine Politik der vermauerten Grenzen wird scheitern.

Manche Bilder, die wir heute im Zusammenhang mit der aktuellen Flüchtlingskrise im Fernsehen und bei Besuchen in den Einrichtungen sehen, erinnern mich an die Wochen und Monate vor dem Fall der Mauer. Auch zur damaligen Zeit sind beispielsweise in Gießen viele Flüchtlinge eingetroffen, die ein neues Leben beginnen wollten. Wir haben die Herausforderungen damals gemeistert. Das sollte uns auch Mut machen für die Herausforderungen, vor denen wir heute stehen.

Mut ist nicht Naivität oder Sorglosigkeit. Mut ist, sich den Aufgaben zu stellen, auch wenn sie groß sind. Die Beherztheit, mit der die Bürgerinnen und Bürger in der DDR ihr Schicksal in die Hand genommen haben, und die Entschlossenheit, mit der das Zusammenwachsen zweier Staaten angepackt wurde, können uns auch heute ein Vorbild sein.

Th. Schäfer-Gümbel

Thorsten Schäfer-Gümbel

ORDENTLICHER LANDES- PARTEITAG:

7. NOVEMBER
IN KASSEL
10–17 UHR
LIVESTREAM IM
INTERNET AUF

[WWW.SPD-
HESSEN.DE](http://WWW.SPD-HESSEN.DE)

DRUCKPORTAL:

SPARPREISE
FÜR ALLE, DIE
NOCH BIS ZUM
15. NOVEMBER
KANDIDATEN-
FLYER BESTELLEN
(AUSLIEFERUNG
BIS 15.12.)

FRAGEN?

HOTLINE ZUM
DRUCKPORTAL
UNTER
0611-999 77 25
TÄGLICH VON
17 BIS 20 UHR

LANDESPARTEITAG: VOM FLÜCHTLINGSTHEMA BIS ZUR KOMMUNALWAHL

STRAFFES PROGRAMM IN KASSEL AM 7. NOVEMBER

Es steht viel auf der Tagesordnung für den kommenden ordentlichen Landesparteitag am 7. November in Kassel. Neben der Neuwahl des Landesvorstandes finden sich die aktuelle Flüchtlingssituation, die Vorbereitungen zur Kommunalwahl 2016 und der Leitantrag „Digitales“ auf dem Programm.

Insbesondere die aktuelle Flüchtlingssituation wird für Diskussion sorgen, und das ist auch gut so. „Niemand darf gegeneinander ausgespielt werden“, erklärt Thorsten Schäfer-Gümbel, deshalb müsse auch über eben dieses Thema ausführlich gesprochen werden. Wie sehr das Thema Flüchtlingsbetreuung und -unterbringung

den Genossinnen und Genossen vor Ort unter den Nägeln brennt, ist schon an der Vielzahl der Anträge zu diesem Thema abzulesen. Auch wird die Vorbereitung der Kommunalwahl 2016 im Mittelpunkt stehen. „Kommunal ist nicht egal“, betont Schäfer-Gümbel einmal mehr. Das wissen auch die Genossinnen und Genossen in Hessen – in kaum einer Kommune sind nicht schon die ersten Vorbereitungen für den 6. März angeschoben worden.

Für alle Interessierten, die am 7. November nicht in Kassel mit dabei sein können, übertragen wir den Parteitag mit einem Livestream im Internet auf www.spd-hessen.de. ■

FILM ÜBER FRITZ BAUER: KAMPF GEGEN ALTE NAZI-SEILSCHAFTEN

Anfang Oktober ist der Film „Der Staat gegen Fritz Bauer“ in die Kinos gekommen. Er erinnert an den hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, der sich mit politischer Unterstützung des damaligen hessischen Ministerpräsidenten Georg-August Zinn für die Verfolgung von Nazi-Verbrechen eingesetzt hat. Seiner Beharrlichkeit ist es zu verdanken, dass in Frankfurt von

1959 bis 1965 die Auschwitz-Prozesse stattfinden konnten. Wie er sich dabei Anfeindungen und Angriffen alter Nazi-Seilschaften ausgesetzt sah, die in der Adenauer-Ära erneut in Amt und Würden gekommen waren, thematisiert der neue Film von Regisseur Lars Kraume mit Burghart Klaußner in der Titelrolle. Die Filmbewertungsstelle hat dem Film das Prädikat „besonders wertvoll“ zuerkannt. ■



Vorpremiere von „Der Staat gegen Fritz Bauer“ mit Thorsten Schäfer-Gümbel, Produzent Thomas Kufus, Regisseur Lars Kraume, Hauptdarsteller Burghart Klaußner und Sigmar Gabriel.

WIR
GRATULIEREN

Jürgen Hoffmann, er wurde mit fast 70 % als Bürgermeister in Rodgau bestätigt.

Ruth Disser, alte und neue Bürgermeisterin von Mainhausen.

Carsten Krätschmer, mit 66,7 % im Amt als Bürgermeister von Glauburg bestätigt.

Cäcilia Reichert-Dietzel, sie ist mit 65,6 % als Bürgermeisterin von Ranstadt wiedergewählt worden.

„FLÜCHTLINGE NEHMEN NIEMANDEM ETWAS WEG“

SONDERSITZUNG DES LANDESPARTEIRATES

Die Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen wird auf längere Sicht das Thema Nummer eins in Deutschland bleiben“, stellte Thorsten Schäfer-Gümbel gleich zu Beginn einer Sondersitzung des Landesparteiirates zur aktuellen Flüchtlingssituation am 16. September fest. Im Mittelpunkt der Sitzung stand die Situation der Kommunen, für die vor allem die Unterbringung der Flüchtlinge eine schwierige Aufgabe sei. Sie bräuchten vor allem Unterstützung durch eine ausreichende Koordination von zentraler Ebene. Immer wieder müssten Kommunen in haarsträubend kurzen Zeiträumen Vorbereitungsmaßnahmen zur Aufnahme von Flüchtlingen treffen, um das Land bei der Erstaufnahme zu entlasten. Auch fehle es an Lehrkräften für Sprachkurse, die zur Integration der Flüchtlinge unabdingbar seien. Für viele bleibe die größte Sorge, wer die Kosten

für die Flüchtlingsaufnahme trägt. Für die HessenSPD ist klar, dass Bund und Land zahlen müssen.

Hier stellte Landrat Erich Pipa klar: „Flüchtlinge nehmen niemandem etwas weg.“ Das müsse auch vor den Bürgerinnen und Bürgern immer wieder betont werden. Hessen sei in der Lage, seine Bürgerinnen und Bürger zu versorgen und zusätzlich Menschen in Not aufzunehmen. „Verschiedene gesellschaftliche Gruppen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, zum Beispiel auch, was das Thema Wohnraum betrifft. Die SPD muss genteilte Haltung für alle Gesellschaftsgruppen zeigen“, erklärte Schäfer-Gümbel. Dabei könne auch die Bedeutung der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer bei der Flüchtlingsaufnahme und -betreuung nicht genug betont werden. Nur gemeinsam sei die aktuelle Flüchtlingssituation zu bewältigen. ■



Im Wesentlichen sei die Masse der Flüchtlinge kein unlösbares Problem, war sich der Landesparteiirat einig.

VIELE KLEINE SCHRITTE

DISKUSSION ZUR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT IN HOFHEIM

Entwicklungspolitik ist oft noch ein Nischenthema, aber gerade in der aktuellen Situation gibt es die Möglichkeit, es in den Mittelpunkt unserer Arbeit zu rücken“, eröffnete Gisela Stang die Diskussionsveranstaltung mit Winfried Montz von Misereor, Dr. Michael Krempin von der GIZ und Dr. Sascha Raabe, MdB, zum Thema Entwicklungszusammenarbeit in Hofheim. Insbesondere in Anbetracht der Flüchtlingssituation seien Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit wichtiger denn je. Doch was hätten eigentlich die im Jahr 2000 von den Vereinten Nationen beschlossenen Millenniums-Entwicklungsziele (englisch: Millennium Development Goals, MDGs) gebracht?

„Die MDGs waren ein wichtiger Schritt. Weltweit ist der Hunger zurückgegangen, Bildung konnte gestärkt und die absolute Armut halbiert werden“, erklärte Dr. Michael Krempin. Trotz allem seien die Zahlen immer noch unvorstellbar hoch. „Ob die Welt durch die MDGs besser geworden ist, weiß ich nicht. Aber sie ist anders geworden“, beschied Winfried Montz. So seien endlich die Bedürftigsten der Bedürftigen in den Mittelpunkt gerückt worden. Insgesamt hätten die MDGs jedoch auch viele Problemlagen ausgespart. „Man hätte mehr tun können, um die Ziele zu erreichen“, betonte Sascha Raabe. Insgesamt müsse Deutschland weiter an einer kohärenten Außenhandelspolitik arbeiten und



ABBILDUNG: ISABEL NEUMANN

PRAXISBEISPIELE FLÜCHTLINGSHILFE AUF SPD-HESSEN.DE

Viele wollen es, viele machen es schon: Flüchtlinge in Hessen willkommen heißen. Flüchtlingshilfe ist ein Thema mit tausend Gesichtern. Ob Einzelne, Vereine oder ganze Städte und Gemeinden, jeder kann sich engagieren. Wir haben uns in Hessen umgeschaut und 26 Praxisbeispiele zur Nachahmung zusammengestellt.

Die Vielfalt an Projekten ist schier grenzenlos. Von Sportangeboten, wie dem Radsport-Camp und dem Schwimmunterricht, über gezielte Sachspenden oder die Bereitstellung von kostenlosem Internet bis hin zur Vermittlung von Privatunterkünften sind der Unterstützung keine Grenzen gesetzt.

Alle Flüchtlingsprojekte fördern Integration, einige helfen bei den essenziellsten Dingen, wie zum Beispiel mit Bekleidung, andere dienen der Freizeitgestaltung und tragen dazu bei, dass die Menschen die oft schrecklichen Erlebnisse ihrer Flucht überwinden können. Manchmal geht es auch einfach darum, ein Zeichen zu setzen gegen Fremdenhass, wie bei der Aktion „Ein Herz für Flüchtlinge“. Wir finden es beeindruckend, wie viele hessische Bürgerinnen und Bürger bereits nach diesem Motto leben und mit anpacken. ■



FOTO: ISABEL NEUMANN

Erfolge dürfen nicht geschmälert werden. Politik und Zivilgesellschaft müssen sich in ihrer Arbeit sinnvoll ergänzen.

sich dafür einsetzen, dass menschenrechtliche und soziale Standards in den Ländern gestärkt würden. Gerade im Hinblick auf die aktuelle Flüchtlingssituation müssten Fluchtursachen stärker in den Blick genommen werden. Arbeit gebe es also genug für die nächsten Jahre, Ziele und gute Vorsätze auch. „Oft sind es eben nur viele kleine Schritte, die uns nach vorne bringen“, bekräftigte Montz. ■

CHANCEN DER DIGITALISIERUNG

**LEITANTRAG „DIE DIGITALE GESELLSCHAFT GESTALTEN“
AUF DEN WEG GEBRACHT**

Brauchen wir zukünftig digitale „Betriebsräte 2.0“? Werden Piloten und Busfahrer in 20 Jahren durch Computer ersetzt? Wird in Zukunft von der Wohnzimmercouch aus mit dem Tablet gearbeitet – und was heißt das für die Vereinbarkeit von Familie und Job, für die Abrechnung der Arbeitszeiten, für die Finanzierung unserer Sozialsysteme? Wie kontrollieren wir die Datensammlung von Facebook und Google, wie die Vermarktung unserer privaten Daten an Dritte?

Für diese und viele andere digitale Herausforderungen gilt es, eigene sozialdemokratische Antworten zu entwickeln. Und für die HessenSPD gilt das besonders, denn Hessen ist ein europaweit bedeutender Standort von IT-Unternehmen und des weltgrößten Internetknotenpunktes. Die HessenSPD hat deshalb 2014 eine Denkwerkstatt „Digitale Gesellschaft“ mit 25 überwiegend parteiexternen Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft unter der Leitung des Landtagsabgeordneten und zukünftigen Mar-

burger Oberbürgermeisters Dr. Thomas Spies ins Leben gerufen.

Ihre Ergebnisse liegen nun vor. Für uns ist auch im digitalen Zeitalter die Wirtschaft für die Menschen da und nicht umgekehrt. Wir wollen die Chancen nutzen, die sich aus der Digitalisierung für Bildung, für Arbeit und für Teilhabe in vielen Bereichen ergeben. Das setzt aber voraus, dass wir auch Grenzen setzen. Etwa indem wir das „Recht auf Vergessen“ im Netz durchsetzen. Unser Bildungssystem will die Denkwerkstatt so gestalten, dass Menschen lernen, kritisch und produktiv mit digitalen Anwendungen umzugehen, und auf den Arbeitsmarkt von morgen vorbereitet sind. Unser Anspruch ist es, dass alle vom digitalen Strukturwandel profitieren. Denn das war, ist und bleibt der Kern des sozialdemokratischen Verständnisses

vom Fortschritt: die Möglichkeiten, die der technische Fortschritt bietet, in einen sozialen Fortschritt für die ganze Gesellschaft umzusetzen. Die Ergebnisse der Denkwerkstatt sollen nach Beratung im Landesvorstand in einem Leitansatz dem SPD-Landesparteitag am 7. November vorgelegt werden und auch auf dem Bundesparteitag beraten werden. ■



Großartige Möglichkeiten, aber auch handfeste Gefahren. Die Denkwerkstatt der HessenSPD arbeitet zur Digitalisierung der Gesellschaft.

FOTO: CREDIT-VEGE - FOTOLIA.COM

DIREKTWAHLEN IN HESSEN

Auch im zweiten Halbjahr stehen viele wichtige Direktwahlen an. Hingehen, mitmachen, vor Ort unterstützen:

1. November

Jürgen Mock
will als Bürgermeister wiedergewählt werden.
Ehringshausen

8. November

Jörg Springer
ist Bürgermeisterkandidat.
Breuberg

Frank Börner
will Bürgermeister werden.
Gudenberg

Harald Preßmann
ist Bürgermeisterkandidat.
Haunack

Wilfried Dräger
kandidiert als Bürgermeister.
Spangenberg

Renate Wolf
möchte Bürgermeisterin bleiben.
Sulzbach

15. November

Oliver Jung
will Bürgermeister werden.
Marktflecken Merenberg

6. Dezember

Thorsten Sieh
möchte Bürgermeister werden.
Ginsheim-Gustavsburg

Thomas Will
kandidiert als Landrat.
Groß-Gerau

■

„WILLKOMMEN AUF DEUTSCH“

VERANSTALTUNGEN DER FES

Was passiert eigentlich, wenn Menschen aufeinanderprallen, die sich fremd sind? Das war nur eine vieler Fragen, die bei der Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Frankenberg diskutiert wurden. Rund 150 Besucherinnen und Besucher hatten zuerst den Dokumentarfilm „Willkommen auf Deutsch“ verfolgt und anschließend mit Politikern, ehrenamtlichen Betreuern und Betroffenen diskutiert. „Eine

Willkommenskultur ist vielerorts schon vorhanden, oft fehlt es aber an einer Willkommensstruktur für Flüchtlinge“, erklärte die Landtagsabgeordnete Dr. Daniela Sommer. Der Dokumentarfilm, den die FES schon vielerorts vorgeführt hat, zeigt am Beispiel von zwei norddeutschen Dörfern Probleme, Sorgen und Vorurteile der Einheimischen gegenüber Flüchtlingen. Moderiert wurde die Veranstaltung von Simon Schüler. ■



Die Veranstaltungsreihe war bereits in Wiesbaden, Gießen, Fulda, Pfungstadt, Frankenberg und Grünberg. Für 2015 sind noch Veranstaltungen in Alsfeld, Baunatal und Offenbach geplant.

FOTO: FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG



Die HessenSPD gratuliert auf diesem Wege ihrer Generalsekretärin Nancy Faeser noch einmal herzlich zur Geburt ihres Sohnes Tim. Wir freuen uns über ihre Rückkehr auf die politische Bühne.

VERLEIHUNG DER HOLGER-BÖRNER-MEDAILLE 2015

Die diesjährige Holger-Börner-Medaille wird im Rahmen des Hessengipfels, 15./16.1.2016, an die Preisträgerin Dr. Christine Hohmann-Dennhardt und die Preisträger Hans Eichel und Karl Eyerkaufner vergeben. Der Hessengipfel ist die traditionelle Jahresklausur der HessenSPD und findet in Göbels Schlosshotel Prinz von Hessen in Friedewald statt. ■

WAHLSONNTAG IM SEPTEMBER

Der vergangene hessische „Superwahlsonntag“ am 27.9. konnte sich sehen lassen: Cäcilia Reichert-Dietzel wurde in Ranstadt als Bürgermeisterin bestätigt, Ruth Disser bleibt in Mainhausen als Bürgermeisterin im Amt, und auch Carsten Krätschmer in Glauburg und Jürgen Hoffmann in Rodgau wurden in ihren Ämtern als Bürgermeister bestätigt. Viermal rot, viermal pure Wahlsiegerfreude und viermal Ärmel hochkrepeln am Sonntagabend. „Gott sei Dank geschafft“, brach es aus Ruth Disser heraus. Für alle vier ging es schon am nächsten Tag ganz normal weiter, so normal, wie es an so einem Morgen nach einer erfolgreichen Wahl eben sein kann. Die Ärmel hochgekrepelt haben auch Thomas Jackel in Biebergemünd und Halil Öztas in Heusenstamm. Für sie ging es am 11.10. in die Stichwahl. Trotz Daumen drücken, engagiertem Wahlkampf und viel persönlichem Einsatz hatte es für Carsten Müller im Landkreis Offenbach leider nicht gereicht. ■

JETZT LIEGT ES AN UNS

KICK-OFF DES MENTORINNENPROGRAMMS DER HESSEN SPD IN FRANKFURT

Ein bisschen aufregend war es, als die 17 Mentees bei der Kick-off-Veranstaltung des Mentorinnenprogramms der HessenSPD erfahren haben, wer ihre künftige Mentorin ist. „Ich hab schon fast ein bisschen Gänsehaut“, lachte die Erste, die sich bei der Landtagsabgeordneten Lisa Gnagl ihre Mentoringvereinbarung abholen konnte. „Viele haben uns gefragt, was wir da eigentlich machen“, hatte die Bürgermeisterin und stellvertretende Landesvorsitzende Gisela Stang die Mentees und Mentorinnen in Frankfurt begrüßt. „Ob es ein erfolgreiches Jahr

wird, hängt ganz von euch ab, was ihr miteinander vereinbart und wir ihr zusammenarbeitet. Wir wollen euch gerne dabei unterstützen.“

Die Eckdaten: Ein Jahr lang mindestens einmal im Monat Kontakt zwischen Mentee und Mentorin – ob per Telefon, E-Mail oder im Café. Wichtig sei es, gemeinsam das eigene Thema, ob persönliche Weiterentwicklung, der Wahlkampf oder eine Kandidatur, zu bearbeiten. „Ich bin sehr gespannt, was aus unseren Paaren wird“, freute sich Gisela Stang. Gemeinsam mit Ilja-Christin Seewald und Lisa Gnagl hatte sie in den vergangenen Wochen am „Matching“ getüftelt, damit die passenden Mentorinnen und Mentees zusammenfinden. „Das war manchmal gar nicht so einfach“, sagte Lisa Gnagl, „vielerorts gibt es einfach keine hauptamtlichen Frauen.“ Insgesamt nehmen 42 Frauen an diesem Mentorinnenprogramm des Landesverbandes teil.



FOTO: ISABEL NEUMANN

Oft machen sich Frauen selbst nicht stark genug, das will die bunt gemischte Teilnehmerinnengruppe jetzt ändern.

Ein deutliches Zeichen, dass der Wunsch nach Vernetzung und Austausch auch in Hessen groß ist. Im Endeffekt sei es doch immer noch so, dass sich Männer häufiger besser in der Partei vernetzen als Frauen – sei es auf dem Fußballplatz oder aber in der Kneipe nach Ortsvereinssitzungen. Auch mit Fragen, wie „Traust dir das überhaupt zu?“ oder „Bist du dir sicher, dass du das kannst?“, müssten Männer seltener rechnen als Frauen, waren sich die Teilnehmerinnen einig. „Jetzt liegt es ans uns, was wir daraus machen“, schloss Ilja-Christin Seewald. Das nächste Treffen der Gruppe findet Ende des Jahres mit einem Besuch der Landtagsfraktion und einer Plenarsitzung statt. Wir sind gespannt! ■



FOTO: ISABEL NEUMANN

Die HessenSPD führt zum ersten Mal ein Mentorinnenprogramm durch. Bislang gab es dazu viele positive Rückmeldungen.

WAHLKAMPFTRETMÜHLE

Der Herbst hat gerade begonnen, der ein oder andere denkt vielleicht schon an die Adventszeit, aber der 6. März 2016, und damit die Kommunalwahl, scheint noch in weiter Ferne. Doch Zeit zum Zurücklehnen gibt es eigentlich keine, denn wenn erst einmal die Weihnachtsferien um sind, bleiben nur

noch knapp acht Wochen bis zum Stichtag. Für Kandidatinnen und Kandidaten heißt es dann vor Ort präsent sein, um noch an alle wichtigen Türen klopfen zu können und Wählerstimmen zu mobilisieren. Dann ist keine Zeit mehr für ausführliche und strategische Wahlkampfplanung, die doch so oft die notwendigen Stimmen bringt. Die Zeit rennt, und so mancher Wahlkämpfer findet sich schneller in der Wahlkampftretmühle wieder, als gedacht. Erfolg hat nur, wer früh mit den Vorbereitungen anfängt.

Leichter gesagt als getan, zwischen Adventsfeiern und Neujahrsempfängen auch noch den Wahlkampf zu organisieren oder die Arbeit im neuen politischen Mandat vorzubereiten. Neben dem Druckportal, in dem die passenden Wahlkampfmaterialien schon zusammengestellt werden können, gibt es ein vielfältiges Seminarangebot der HessenSPD, der FES, der AfK und der Toni-Sender-Akademie. Fit für den Wahlkampfstand in der Fußgängerzone macht beispielsweise das Argumentationstraining der FES, und die Kommunalverfassung bringt ein Grundlagenseminar den künftigen Kommunalpolitikerinnen und -politikern näher. Michael Siebel zeigt, wie lebendige Kommunalpolitik funktioniert und was der persönliche politische Kom-

SEMINARE UND WORKSHOPS: JETZT DIE PLANUNG IN ANGRIFF NEHMEN

pass ist. Bei dem richtigen Wahlkampfmarketing helfen Seminare zur Pressearbeit und zu Themen rund um Social Media. Diese und weitere Termine gibt es auf www.spd-hessen.de/seminare-workshops.



FOTO: ANSGAR DITTMAR

125.000 EURO FÜR DIE AIDS-HILFE

Beim diesjährigen Lauf für mehr Zeit waren 4.300 Menschen über fünf und zehn Kilometer mit dabei. Motiviert an den Start ging auch unser rotes HessenSPD-Team. „Hier kann man Solidarität mit den HIV-Betroffenen zeigen“, erklärten die Läufer. Und tatsächlich, die Situation der Menschen mit HIV oder Aids, die oft unter gesellschaftlicher Ausgrenzung leiden müssten, habe sich schon deutlich verbessert. Der große Sieger des Laufs war die Aids-Hilfe. 125.000 Euro wurden „eingelaufen“. ■



FOTO: COLOURBOX

Die Zeit rennt oder radelt eben: Mit den Vorbereitungen zum Wahlkampf kann man nicht früh genug beginnen.

NAGELPROBE FÜR DAS SOLIDARISCHE MITEINANDER

THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL ZUM UMGANG MIT FLÜCHTLINGEN

Die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen ist für alle politischen Ebenen eine Riesenaufgabe, die aufgrund ihrer Größe zur Nagelprobe für das solidarische Miteinander unserer Gesellschaft wird.

Ausgangspunkt aller Überlegungen muss der Artikel 1 des Grundgesetzes sein, die Würde des Menschen ist unantastbar. Dies ist die höchste Maxime, und sie gilt uneingeschränkt auch für Flüchtlinge, die in ihrer Not Unterschlupf, Beistand und eine sichere Zukunft bei uns suchen.

In diesen Tagen ist viel von Sorgen zu lesen, die durch die Flüchtlingskrise ausgelöst werden und die von der Politik ernst genommen werden sollen. Ja, berechtigte Sorgen müssen ernst genommen werden. Sorge ist aber nicht

dasselbe wie Vorurteil, Ressentiment, Fremdenfeindlichkeit oder Hetze. Dagegen zeigen wir ganz klare Kante. Jetzt muss jede Ebene ihre eigenen Aufgaben erledigen. Das Land Hessen erfüllt diesen

Anspruch noch nicht. Da hilft es auch nicht, zu Recht auf die Unzulänglichkeiten auf europäischer Ebene oder auf der Ebene des Bundes zu verweisen. Unser Anspruch muss sein, dass Hessen alles erledigt, was aus eigener Kraft zu schaffen ist.

Wenn die Kommunen und die ehrenamtlichen Helfer den Eindruck gewinnen,



Thorsten Schäfer-Gümbel, MdB



Restlos erschöpft werden diese Flüchtlinge in einer Wiesbadener Notunterkunft aufgenommen. Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer registrieren sie.

dass das Land sie im Stich lässt und ihnen die Probleme schlicht vor die Füße kippt, geraten wir in eine Schieflage. Das darf nicht eintreten.

Vier landespolitische Aufgaben müssen jetzt mit höchster Priorität angegangen werden. Erstens die Schaffung von Wohnraum, und zwar nicht allein für Flüchtlinge, sondern in einem Umfang, der für alle Wohnungssuchenden für Entspannung sorgt. Wir dürfen nicht zulassen, dass unterschiedliche Gruppen gegeneinander ausgespielt werden und sie sich in einer Konkurrenzsituation se-

hen. Zweitens der Deutschunterricht und die Integration in Schulen. Bildung ist der Schlüssel zur Teilhabe und dafür, sein Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Drittens schnelle Asylverfahren – dazu muss auch Hessen die notwendigen Kapazitäten an den Verwaltungsgerichten schaffen. Viertens ein fairer und solidarischer Umgang des Landes mit den Kommunen und den Helfern. Das heißt auch, dass das Land seine finanzielle Verantwortung wahrnimmt und Städte und Kreise mit ihren Problemen nicht alleine lässt. ■

HAUSHALT 2016 – SCHWARZ-GRÜN IM GEIST VON ROLAND KOCH

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Norbert Schmitt hat den Entwurf für den Landeshaushalt 2016 als „ambitionslos und infrastrukturendlich“ kritisiert. „Er dokumentiert, dass der Regierungswechsel von Schwarz-Gelb zu Schwarz-Grün keinen neuen Schwung und keine Veränderungen in den Grundlinien der Politik in Hessen bringen wird. Der Geist von Roland Koch regiert weiter“, sagte Schmitt nach Vorlage des Etatentwurfs durch Finanzminister Thomas Schäfer.

Auf der Positivseite stehe zwar das Sozialbudget. „Aber es täuscht mehr vor, als es ist. Es bleibt eine Mogelpackung. Viele Bereiche, die Opfer von vor Roland Kochs 'Operation düstere Zukunft' waren, zum



Norbert Schmitt, MdB

Beispiel die Erziehungsberatung oder die Obdachlosenhilfe, bleiben nach wie vor ohne Landeszuschuss.“ Im Umweltbereich gebe es ebenfalls keine bedeutende Fort-

entwicklung, so stammten alle Energieprogramme aus der Zeit von Schwarz-Gelb aus den Jahren 2010 bis 2013.

Zudem würden die Beamten, wie ehemals in der Koch-Ära, weiterhin gepiesackt. Es gebe keine Gehaltssteigerung, nicht einmal in den unteren Bereichen, dafür Mehrbelastungen, beispielsweise bei der Beihilfe, sowie unzählige Überstunden und eine Erhöhung der Arbeitsintensität.

Mit der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleiches (KFA), der 2016 erstmals kassenwirksam umgesetzt werde, gäben CDU und Grünen den Kommunen Steine statt Brot. Die Kommunen in Hessen seien unterfinanziert, und die Landesregierung unternehme nichts Entscheidendes dagegen. ■



Günter Rudolph, MdB

IRMER ZÜNDELT WEITER

Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion Günter Rudolph hat von der CDU endlich ernsthafte Konsequenzen nach den ständig wiederkehrenden Ausfällen gegenüber Flüchtlingen vonseiten ihres Abgeordneten Hans-Jürgen Irmer gefordert. „Diese Art der Stimmungsmache gegen Menschen, die Hilfe suchend aus zum Teil schrecklichen und lebensbedrohlichen Verhältnissen zu uns kommen, ist wirklich unerträglich.“

Es reiche nicht aus, wenn die CDU erkläre, die Äußerungen von Herrn Irmer nicht mehr zu kommentieren. „Unwidersprochen billigt sie damit die Parolen ihres rechten Ideologen. Das unsägliche Verhalten vom Abgeordneten Irmer wird geduldet, damit er das rechte Wählerspektrum abdeckt. Das darf auch den Grünen nicht reichen“, sagte Rudolph. ■



Tobias Eckert, MdB

KONZEPT FÜR STÄRKUNG DER KREATIVWIRTSCHAFT VORGELEGT

Der hessischen Kultur- und Kreativwirtschaft kommt aus Sicht der SPD eine bedeutende Rolle zu. Um die zu stärken, hat der SPD-Abgeordnete Tobias Eckert ein Konzept zur Förderung der Branche vorgestellt. „Mit ihren elf Teilmärkten – von der Software/Games-Industrie über die Designwirtschaft, die Werbewirtschaft bis hin zur Filmwirtschaft – zeichnet sie sich durch kreative und innovative Impulse für die hessische Wirtschaft aus. Doch leider gibt es bei den Aspekten mangelnde Vernetzung, faire Entlohnung, angemessene Arbeitsbedingungen, Nachwuchsförderung, Investitionsförderung durch geeignete Förderinstrumente, Absicherung im Alter und Wertschätzung kreativer Leistungen große Herausforderungen. „Die Landespolitik hat die Aufgabe, gemeinsam mit den Akteuren vor Ort, Lösungen zu erarbeiten und zu unterstützen“, sagte Eckert bei Vorstellung des Konzepts. ■

25 JAHRE DEUTSCHE EINHEIT

GEDENKFEIER IN SCHIFFLERSGRUND

Auf Einladung der SPD-Landtagsfraktion trafen sich im Grenz-museum Schifflersgrund in Bad Sooden-Allendorf viele ehrenamtliche Funktionäre und Mitglieder der Hessen-SPD, dazu kamen auch Vertreter der SPD-Landesspitze aus Thüringen, Landtagsabgeordnete und Vertreter aus angrenzenden Städten und Gemeinden.

Die SPD gedachte an diesem historischen Ort der Wiedervereinigung vor 25 Jahren und blickte in Reden und einer Diskussionsrunde zurück auf den Herbst 1989 und die Öffnung der Mauer am 9. November, die letztlich die Voraussetzung für die friedliche Wiedervereinigung im Oktober 1990 waren. ■



Thorsten Schäfer-Gümbel, hessischer SPD-Landes- und -Fraktionsvorsitzender (links), und Andreas Bausewein, Vorsitzender der SPD Thüringen (Mitte) bei der Gedenkfeier

CHANCE FÜR DEN BALLUNGSRAUM

SPD-KONZEPT FÜR EINE „INTERNATIONALE BAUAUSSTELLUNG“

Eine Internationale Bauausstellung (IBA) sieht der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Michael Siebel als „einmalige Chance dafür, Zukunftsfragen des Zusammenlebens in urbanen Räumen wie dem Rhein-Main-Gebiet zu diskutieren und neue Lösungen zu finden.“ „Wir brauchen eine Internationale Bauausstellung mit den Themenschwerpunkten Arbeit, Wohnen und Mobilität, um in Hessen die Anforderungen an die Infrastruktur der Zukunft erfüllen zu können. Für die Rhein-Main-Region ist unverzichtbar, dass etwas Neues geschaffen wird, beispielsweise im Bereich der Verkehrsinfrastruktur. Damit hat sich im Vergleich zu früheren Internationalen Bauausstellungen etwas grundsätzlich verändert. Früher waren diese Ausstellungen oft auf bauliche Veränderungen bezogen, heute stehen nachhaltige Prozesse im Vordergrund. Bei der IBA können diese Herausforderungen mit exemplarischen Projekten für die Menschen begreifbar gemacht werden“, sagte der SPD-Politiker.

Mit der IBA Rhein-Main sollten Probleme bearbeitet werden, vor deren Bewältigung auch andere Regionen stünden. „Die bei uns gefundenen Problemlösungen könnten anderen Regionen angeboten werden, die davon profitieren würden“, sagte Siebel.

Eine IBA sei ein Projekt, das eine Region langfristig verändere. Die Internationalen

Bauausstellungen in anderen Regionen und Städten seien immer dann erfolgreich gewesen, wenn dort große Transformationsprozesse zu bewältigen gewesen seien. Eine IBA berge auch deshalb so viele Chancen in sich, weil sie in gewisser Weise ein Ausnahmezustand sei. Experimentieren sei ausdrücklich erwünscht. Dazu müssten auch tradierte Regeln für einen gewissen Zeitraum außer Kraft gesetzt werden können. Beispielhaftes könne erarbeitet werden und zur Entwicklung einer intelligenten Infrastruktur beitragen. Mit der IBA solle übergreifendes Handeln zu Nachhaltigkeit und Stabilität führen und damit auch Strukturen transformiert werden.

„Die Region hat eine Geschichte der internationalen Verbindungen – als Lebensraum, als Handelsraum, als Transitraum und als Raum des Austauschs von Wissen, Informationen und Gütern. Bis heute hat Rhein-Main diese Infrastruktur für internationale Verbindungen – mit einem der größten Flughäfen, international angebundenen Wasserstraßen, Hochgeschwindigkeitsbahnstrecken und einem bedeutenden Autobahn-Knotenpunkt.“ ■



Michael Siebel, MdB

ZUKUNFT FÜR MILCHBAUERN SICHERN

Angesichts der Milchkrise muss aus Sicht des SPD-Abgeordneten Heinz Lotz die Existenzfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der hessischen Milcherzeuger gesichert werden. „Es muss möglich sein, mit der Milchproduktion ein angemessenes Einkommen zu erzielen.“ Langfristig müsse dafür die Position der Milcherzeuger in der Lieferkette gestärkt werden. „Selbst der kleinste Milchbauer ist am Ende ein Global Player. Die hessischen Betriebe sind in Deutschland und auf dem Weltmarkt erheblicher Konkurrenz ausgesetzt.“ Deshalb spreche sich die SPD für eine europäische Lösung aus, für die sich Hessen starkmachen müsse. „Das System von Angebot und Nachfrage hat versagt. Die Molkereien kaufen Milch zu einem Preis, von dem niemand einen Hof unterhalten kann. Eine Landwirtschaft, die sich nur zwischen Wachsen oder Schließen entscheiden kann, hat keine Chance, langfristig zu funktionieren.“ ■



FOTO: GRENZMUSEUM SCHIFFLERSGRUND

COPYRIGHT M-C COUNTRYPIXEL/FOTOLIA.COM

TAG DER OFFENEN TÜR



Kerstin Geis, MdB (links) und Michael Siebel, MdB (rechts)



Am Stand der SPD-Fraktion: v. l. n. r. Astrid Ullmann, Günter Rudolph, MdB, Elke Barth, MdB, Ernst-Ewald Roth, MdB, Tobias Eckert, MdB



v. l. n. r.: Norbert Kartmann, Präsident des Hessischen Landtags, Uwe Höhn, Vizepräsident des Thüringischen Landtags, Rüdiger Holschuh, MdB, Tobias Eckert, MdB



Talk des Wiesbadener Kuriers mit Tobias Eckert (Mitte)



Mitglieder der SPD-Fraktion bei der Eröffnung des Tags der Offenen Tür

TIERVERSUCHE ENDLICH ABSCHAFFEN

Die tierschutzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Regine Müller hat sich über die Zahl der in Tierversuchen verwendeten Tiere besorgt gezeigt. „Andere Bundesländer leisten in diesem Bereich mehr. Tierschutz genießt in Hessen Verfassungsrang. Wir können und dürfen es uns bei diesem Thema nicht einfach und auch nicht billig machen. Dies setzt natürlich auch Kontrollen vor Ort voraus: Wenn den Landkreisen und Städten aber finanzielle Mittel dafür fehlen, können Kontrollnetze schwerlich so dicht gestrickt sein, wie wir uns das wünschen“, sagte Müller. Langfristig müsse es darum gehen, alle Tierversuche überflüssig zu machen und etwa durch Computersimulationen zu ersetzen. ■



Regine Müller, MdB

ZU WENIG FRAUEN- FÖRDERUNG

Die SPD-Landtagsabgeordnete Ulrike Alex sieht bei der Gleichberechtigung im öffentlichen Dienst des Landes Hessen nur geringe Fortschritte. „Noch sind Teilzeitarbeitsplätze weitgehend von Frauen besetzt, mit der Folge geringeren Einkommens, einer schlechteren Altersversorgung und geschmäleren Aufstiegschancen. Auch im Bereich der Führungspositionen sind Frauen nach wie vor erheblich unterrepräsentiert. Das belegt, dass die bisherige gesetzliche Regelung in Hessen zur Gleichberechtigung von Frauen keine Wirkung entfaltet“, sagte Alex. Die SPD habe deshalb einen Gesetzentwurf für ein modernes Gleichberechtigungsgesetz vorgelegt, das deutlich über den schwarz-grünen Entwurf hinausgeht. ■



Ulrike Alex, MdB

BETREUUNGSGELD FÜR DIE KITAS VERWENDEN

Der sozial- und familienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Gerhard Merz hat gefordert, die für Hessen zuwachsenden Mittel aus dem Wegfall des Betreuungsgelds für die Verbesserung der Qualität in den Kindertagesstätten und für den Ausbau von Ganztagsplätzen zu nutzen. „Wir brauchen mehr Qualität in den Kitas, die Erzieherinnen und Erzieher brauchen mehr Zeit für Vor- und Nachbereitung und für Gespräche mit Eltern. Es bedarf zudem mehr und besser bezahlten Personals. Die Kommunen müssen von den finanziellen Herausforderungen bei der Kinderbetreuung entlastet werden. Vor allem müssen die dringend benötigten Ganztagsplätze bereitgestellt werden können“, sagte Merz. ■



Gerhard Merz, MdB

DAS NEUE SCHULJAHR BEGINNT MIT UNFRIEDEN UND KÜRZUNGEN

„Zum neuen Schuljahr legt die Landesregierung den schlechtesten Start seit Jahren hin.“ Dieses Fazit zog der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Christoph Degen. „In der Schulpolitik ist Hessen angesichts der Herausforderungen des neuen Schuljahrs schlecht aufgestellt. Auf Wahlfreiheit bei G8/G9 warten Hessens Eltern und Schüler noch immer. Die Stellenkürzungen an den Schulen in Hessen haben einen Sturm der Entrüstung ausgelöst“, sagte Degen. Der Bedarf an zusätzlichen Ganztagschulen sei unbestritten vorhanden, vor allem in der Grundschule. Hessen bleibe aber mit nur sechs echten Ganztagsgrundschulen weiter Schlusslicht aller Bundesländer. „Die neueste Bertelsmann-Studie bestätigt, dass Hessen Schlusslicht bei inklusiver Beschulung in Deutschland ist. Mit der schwarz-grünen Landesregierung bleibt die Bildungsgerechtigkeit in Hessen auf der Strecke.“ ■



Christoph Degen, MdB

SPD-LANDTAGS-FRAKTION ZU GAST BEI OPEL

Die Landtagsabgeordneten der hessischen SPD haben sich bei einem Besuch des Rüsselsheimer Opel-Werks im Gespräch mit dem Vorstandssprecher und Arbeitsvorstand Ulrich Schumacher, dem Vice-President für Regierungsbeziehungen Joachim Koschnicke und dem Betriebsratsvorsitzenden Wolfgang Schäfer-Klug über die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen in der Automobilindustrie sowie aktuelle Innovationen und Entwicklungen, wie das automatisierte fahren, informiert. „Die Automobilbranche – allen voran Opel – ist eine tragende Säule des hessischen Arbeits- und Ausbildungsmarktes. Die Ausbildungswerkstatt von Opel hat Vorbildfunktion und erinnert daran, dass sich die schwarz-grüne Landesregierung deutlich mehr für die Förderung guter Ausbildungsplätze engagieren müsste. Wir sind froh, dass nach Jahren der Unsicherheit wieder größere Ruhe in den Konzern eingekehrt ist, und hoffen, dass das auch so bleibt“, sagte Thorsten Schäfer-Gümbel. ■



Fraktion vor Ort bei Opel: v. l. n. r. Ulrich Schumacher, Thorsten Schäfer-Gümbel, Wolfgang Schäfer-Klug, Joachim Koschnicke



Corrado Di Benedetto, Norbert Schmitt und Lisa Gnadl bei der Besichtigung der Opel-Ausbildungswerkstatt

FOTO: OPEL

FOTO: GERT-UWE MENDE

SPD FREUT SICH ÜBER REAKTIVIERUNG DER KURHESSENBAHN

Die SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Daniela Sommer hat die Reaktivierung der Kurhessenbahn zwischen Frankenberg und Korbach als „sinnvollen Beitrag zum Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs in der Region“ bezeichnet. Ein guter ÖPNV sei in ländlichen Gebieten äußerst wichtig, damit junge und ältere Menschen langfristig mobil bleiben könnten. Hätte man die Bahnstrecke schon vor Jahren reaktiviert, hätte man hier viel Geld sparen können. „Entgegen den Stimmen aus der CDU ist es nicht unwirtschaftlich, sondern günstiger, die Bahn zu betreiben, als sie still liegen zu lassen“, so Dr. Sommer. Die Reaktivierung gehe unter anderem auf einen Beschluss aus dem Jahr 2008 im Hessischen Landtag mit den Stimmen von SPD, Grünen, FDP und Linken zurück. ■



Dr. Daniela Sommer, MdB

FORUM BILDUNG – INKLUSION STAND IM MITTELPUNKT

Das Thema Inklusion spielte bei der Veranstaltung des Forums Bildung der SPD-Landtagsfraktion die Hauptrolle. Die Beteiligten waren sich einig, dass Hessen viel Nachholbedarf bei der Inklusion habe. „Es gibt seit über 30 Jahren in Hessen den sogenannten gemeinsamen Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderung. Inklusion sollte daher eigentlich nichts Neues sein. Trotzdem scheint es, als stünden wir bei inklusiver Beschulung erst am Anfang“, sagte der bildungspolitische Sprecher der SPD, Christoph Degen.

Die SPD-Fraktion wolle, dass in Hessen ein Masterplan Inklusion entwickelt werde, damit inklusive Beschulung in konkreten Schritten verwirklicht werden könne. Die Landesregierung trage die Verantwortung, die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Schulen müssten so ausgestattet sein, dass eine angemessene Förderung aller Schülerinnen und Schüler mit und ohne Beeinträchtigung überall in Hessen gewährleistet ist. Bisher fehle es nicht nur an notwendigen Förderlehrkräften an den Regelschulen, sondern auch an Fortbildungsangeboten für Lehrerinnen und Lehrer. „Inklusion ist kein Selbstläufer. Aber es gibt Ansätze und Erfahrungen, auf die wir in Hessen zurückgreifen können.“

Expertinnen und Experten berichteten im Rahmen der Veranstaltung von ihren Erfahrungen. Professor Dieter Katzenbach von der Universität Frankfurt sprach davon, dass Inklusion nicht gelingen werde, wenn sie weiter nur in „homöopathischen Dosen“ verabreicht werde. Die Vorsitzende des Vereins „Gemeinsam leben Hessen“, Dr. Dorothea Terpitz, machte anhand praktischer Beispiele deutlich, dass die

Umsetzung der schulischen Inklusion vielerorts nicht im Einklang mit der UN-Behindertenrechtskonvention stehe. Die Schilderungen der Talkgäste verdeutlichten, dass sich die Standards und Bedingungen für inklusive Beschulung in den letzten Jahren in Hessen deutlich verschlechtert haben. Zu glauben, Inklusion nach Kassenlage/ohne entsprechende Ressourcen funktioniere, sei absurd. ■



Expertinnen und Experten diskutierten das Thema Inklusion auf Einladung der SPD im Hessischen Landtag.

FOTO: GERT-UWE MENDE

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen

Redaktion:
Gert-Uwe Mende (verantwortlich)
Dr. Wilfried Lamparter
Michael Fraenkel
Gerfried Zluga-Buck
Isabel Neumann
Davia Merbach
Katja Apelt
Lisa Hermanns
Ayse Akdag

Anschrift:
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden